

Wissenschaft für den Frieden

Solidarität mit Wissenschaftler*innen und Studierenden aufgrund des Kriegs gegen die Ukraine

Beschluss der 53. MV des BdWi, 14. Mai 2022, Köln

Der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) verfolgt mit Entsetzen den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und fordert seine sofortige Beendigung. Die russische Regierung muss sofort ihre Angriffe einstellen und ihre Truppen vom gesamten Gebiet der Ukraine abziehen.

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 ist durch nichts zu rechtfertigen. Die vom Putin-Regime dabei verwendete Propaganda stützt sich auf geschichtsrevisionistische Thesen und völkische Ideologien. Wir verurteilen dieses Vorgehen und setzen uns aktiv dafür ein, dass diese Propaganda enttarnt und widerlegt wird.

Bis heute hat der Krieg gegen die Ukraine tausende Menschenleben gekostet, Millionen Menschen sind auf der Flucht. Der BdWi solidarisiert sich mit den Menschen in der Ukraine und denjenigen, die aus der Ukraine geflohen sind. Er solidarisiert sich mit allen Opfern des Krieges und mit allen, die sich mutig gegen den Krieg positionieren. Er unterstützt alle humanitären Hilfsmaßnahmen für die Opfer des Krieges. Wer vor dem Krieg flieht oder Verhaftung oder Repressalien fürchten muss, muss eine sichere Aufnahme finden. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung muss uneingeschränkt gelten.

Gleichzeitig ist für den BdWi klar, dass diese Rechte für alle Geflohenen gelten müssen, unabhängig von der Herkunft der Menschen. Daher verurteilen wir allen Rassismus bei der Aufnahme und Unterstützung Geflohener.

Zeitgleich mit den großen Friedenskundgebungen am 27. Februar 2022 hat Bundeskanzler Scholz ein Sondervermögen im Umfang von 100 Milliarden Euro zur Aufrüstung der Bundeswehr verkündet. Für den BdWi ist es unverständlich und nicht hinzunehmen, dass solch eine Maßnahme hin zu einer massiven Hochrüstung ohne vorherige parlamentarische und gesellschaftliche Debatte ergriffen wird. Es braucht eine breite Debatte darüber, wie der Frieden in der Welt hergestellt und nachhaltig gesichert werden kann.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, nicht nur die Fragen der Rüstungspolitik zu diskutieren, sondern auch die politische Bildung und Demokratiebildung verstärkt in den Blick zu nehmen, um nationalistischer Propaganda entgegenwirken zu können und eine Einordnung der Geschehnisse zu ermöglichen. Entsprechende Förderprogramme der Bundesregierung wie u.a. „Demokratie leben“ müssen diese Aspekte aufgreifen und entsprechend ausgebaut werden. Auch in Schulen und Hochschulen braucht es entsprechende Angebote der politischen Bildung, um Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus entgegenwirken zu können.

Daher fordert der BdWi, die Pläne des Sondervermögens und die Aufstockung des Rüstungsetats aufzugeben. Wir sind grundsätzlich für Abrüstung und folglich gegen höhere Rüstungsausgaben, zumal diese immer auch mit der Gefahr verbunden sind Kürzungen in zivilen Bereichen zu begünstigen. Gerade jetzt sind Bereiche wie Bildung und Forschung, Gesundheit und soziale Absicherung besonders wichtig, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und auch in Zukunft friedlich miteinander leben zu können. Eine Umschichtung von Mitteln für die

Rüstungsausgaben ist daher indiskutabel, die Schuldenbremse darf hier nicht als Argument herangezogen werden.

Seit Ausbruch des Krieges gegen die Ukraine wurde eine Vielzahl von Sanktionsmaßnahmen gegen Russland verhängt. Auch im Wissenschaftsbereich wurden Hochschul- und Forschungsk Kooperationen mit Russland sowie mit Belarus eingestellt.

Etlichen Sanktions- und Boykottmaßnahmen liegt eine falsche Gleichsetzung von russischer Kultur und Wissenschaft auf der einen und russischer Machtpolitik auf der anderen Seite zugrunde. Der BdWi stand immer dafür ein, dass Wissenschaft zivile Zwecke verfolgen soll. Wissenschaft kann und muss einen Beitrag zu einer friedlichen Welt leisten. Dieser Anspruch muss auch in der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland und Belarus gelten. Jedoch braucht es gerade jetzt die kritische Wissenschaft, es braucht eine wissenschaftliche Aufarbeitung der aktuellen Entwicklungen – diese Wissenschaftler*innen brauchen weiterhin Unterstützung, ob in Russland oder Belarus. Gerade jetzt ist es wichtig, nicht pauschal jegliche Zusammenarbeit abubrechen, sondern gezielt diejenigen zu unterstützen, die mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit einen wichtigen Beitrag für den Frieden leisten. Sanktionen müssen darauf gerichtet sein Frieden zu schaffen. Daher gilt es, den Protest vor Ort zu unterstützen und mehr Fluchtwege zu schaffen.

Wissenschaftsdiplomatie muss ein wichtiger Bestandteil der Außen- und Bildungspolitik werden; sie muss sichtbarer, weiter ausgebaut und enger mit Friedens- und Konfliktforschung verzahnt werden. Institutionelle und intergouvernementale Forschungsk Kooperationen sollten stärker im Kontext von Wissenschaftsfreiheit und Demokratieförderung und -unterstützung in den betreffenden Ländern betrachtet werden. Dies betrifft auch langfristig etablierte Strukturen und Kooperationszusammenhänge, wie beispielsweise die European Higher Education Area.

Der BdWi steht an der Seite der russischen Wissenschaftler*innen und Studierenden, die sich deutlich gegen den Krieg positionieren und mit ihrer Arbeit gegen den Krieg wirken. Wir unterstützen die russischen Wissenschaftler*innen, die sich bereits Ende Februar mit einem Offenen Brief gegen den Krieg in der Ukraine ausgesprochen haben. Das russische Wissenschaftssystem steht seit Jahren unter enormem Konformitätsdruck. Insbesondere liberal eingestellten Institutionen wurden in der Vergangenheit Lizenzen entzogen und ihre Lehrenden sowie Studierenden unter massiven Druck gesetzt. Zudem ist der Forschungsradius insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften seit längerer Zeit eingeschränkt. Diese kritischen Hochschulangehörigen brauchen Unterstützung und Kooperation, um weiter ihrer Arbeit nachgehen zu können. Der wissenschaftliche Austausch mit russischen Wissenschaftler*innen darf nicht pauschal beendet werden. Diejenigen russischen Wissenschaftler*innen, die bereits an einer deutschen Einrichtung tätig sind, dürfen dort nicht isoliert oder diskriminiert werden. Zudem muss auch die Möglichkeit geschaffen werden, dass kritische Wissenschaftler*innen und Studierende aus Russland, die dort ihre Tätigkeit nicht weiter ausüben können oder wollen, nach Deutschland fliehen können und dafür entsprechende Forschungs- bzw. Studienstipendien erhalten. Ihnen muss der Weg an Hochschulen und Forschungsinstitute offenstehen. Selbstorganisierte Vernetzungsaktivitäten von russischen Wissenschaftler*innen und Studierenden werden durch den BdWi unterstützt als ein Mittel, kritische Wissenschaft auch aus dem Exil heraus betreiben zu können. Auch der Studierendenaustausch mit Russland ist von den Sanktionsmaßnahmen betroffen und wurde ausgesetzt. Zugleich muss aber klar sein, dass Studierende aus Russland, die an deutschen Hochschulen studieren, dort nicht ausgegrenzt oder diskriminiert werden und ihr Studium fortsetzen können.

Als wissenschaftspolitisch aktiver Verband gilt die Solidarität des BdWi den ukrainischen Kolleg*innen sowohl vor Ort als auch denen, die geflüchtet sind. Sie brauchen unsere Unterstützung, um weiter tätig sein und ihren Beitrag zum Wiederaufbau leisten zu können.

Durch Krieg, Zerstörung und Flucht werden in den nächsten Jahren die Forschungs-, Lern- und Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft unter sehr schwierigen Bedingungen stattfinden. Es wird Zeit und Geld benötigen Universitäten und Wissenschaft wieder aufzubauen. Kooperationen und Förderung der Forschung vor Ort werden benötigt, um die Ukraine nicht vom wissenschaftlichen und technischen Fortschritt abzuschneiden.

Für Wissenschaftler*innen sowie Studierende, die wegen des Krieges nach Deutschland geflohen sind, wird schnell Unterstützung benötigt, damit sie ihre Tätigkeiten zeitnah fortsetzen können. Studierende sollen ihr Studium ohne Verzögerung an einer Hochschule in Deutschland fortsetzen können. Das gilt auch für diejenigen Studierenden, die aus Drittstaaten für ein Studium in die Ukraine gekommen waren – auch sie müssen unter den gleichen Bedingungen ihr Studium in Deutschland fortsetzen können wie Ukrainer*innen. Es darf hier kein Unterschied gemacht werden. Hierfür braucht es ein Stipendienprogramm, Zugang zu BAföG-Leistungen sowie einen unbürokratischen Weg, Studienleistungen anzuerkennen.

Auch für geflohene Wissenschaftler*innen gilt, dass sie ihre wissenschaftliche Tätigkeit an einer Hochschule oder einem Forschungsinstitut in Deutschland fortsetzen können sollen und entsprechende Forschungsstipendien benötigen.

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat sich bereits stark gemacht, eine "Wissenschaftsbrücke" zu bauen. Diese Bekenntnisse müssen nun aber schnell mit Leben gefüllt werden - es braucht zusätzliche Ressourcen für Stipendien, Stellen, Sprachkurse sowie soziale Infrastruktur und psychologische Unterstützungsangebote an den Hochschulen. Zugleich muss sichergestellt werden, dass der Aufenthalt für diese Personen gesichert wird – auch für diejenigen, die aus Drittstaaten in der Ukraine studiert oder geforscht haben.

Der BdWi ist überzeugt, dass über Waffenstillstände und diplomatische Verträge hinaus eine langfristige Friedenssicherung durch freien internationalen Gedankenaustausch, wissenschaftliche und kulturelle Kooperation stabilisiert werden muss. Dafür wird der BdWi sich auch weiterhin einsetzen und daran mitarbeiten, diesen Austausch zu gestalten und zu begleiten.